

Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



NIEDERSCHRIFT

der 2. Sitzung des Kreisausschusses am 10.09.2014 im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Buße, Maja	CDU/Bauern	vertrat Schulze, Olaf
Dr. Kuttner, Michael	CDU/Bauern	
Ludwig, Stefan	DIE LINKE.	
Selbitz, Frank	UBL/Wir für KW	
Strasen, Henry	Alternative für Deutschland	
Terno, Heiko	CDU/Bauern	
Treder-Schmidt, Lothar	SPD/Grüne	anwesend ab 17:55 Uhr, TOP 3.9
Wille, Martin	SPD/Grüne	

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Braschwitz, Wolfgang	Amtsleiter Umweltamt
Brieger, Andrea	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Degenhardt, Marion	Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb
Enders, Silvia	Amtsleiterin Ordnungsamt
Gierhardt, Walter	Amtsleiter Rechtsamt
Jobke, Antonia	Büro Landrat
Karnapke, Marlies	Schriftführerin
Klein, Stefan	Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Nagel, Alexander	Amtsleiter Amt für Personal, Organisation und Service
Saß, Carsten	Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales
Schaaf, Heidrun	Pressestelle
Schrager, Karin	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Starke, Wolfgang	Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie öffentliche Sicherheit und Ordnung
Voigt, Elke	Gleichstellungsbeauftragte
Köhler, Carola	Bereichsleiterin wirtschaftliche Beteiligungen und Tourismus

Entschuldigt waren:

Kolan, Lars	SPD/Grüne	
Dr. Deutschländer, Adolf	DIE LINKE.	
Schulze, Olaf	CDU/Bauern	wurde vertreten von Buße, Maja

Gäste:

Rubenbauer, Kerstin	Fraktion DIE LINKE.
---------------------	---------------------

TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil:

1. Zur Geschäftsordnung

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 zur Tagesordnung
- 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

2. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreisausschuss

- 2.1 Neuberufung des Naturschutzbeirates gemäß § 35 Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz (BbgNatSchAG) i. V. m. § 2 Naturschutzbeiräteverordnung (NSchBV) 2014/086

3. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

- 3.1 Bestellung von Vertretern des Landkreises in die Wasser- und Bodenverbände 2014/085
- 3.2 Neubestellung von Mitgliedern des Kreissenioresenbeirates zur Mitwirkung im Kreisausschuss sowie im Gesundheits- und Sozialausschuss 2014/089
- 3.3 Bestellung von Vertretern des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen, Vereinen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen hier: 1. Polizeibeirat der Polizeidirektion Süd 2. Benennung von Mitgliedern für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Luckau-Duben 3. Neubenennung eines sachkundigen Einwohners in den Regionalbeirat der Mittelbrandenburgischen Sparkasse 2014/063-1
- 3.4 Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen/Gremien 2014/071
 - Berufung eines neuen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus
 - Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit (Antrag der Fraktion CDU/Bauern)
- 3.5 Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen/Gremien 2014/072
 - Benennung von zwei weiteren stellvertretenden Mitgliedern in den Kreisausschuss (Antrag der AfD-Fraktion)
- 3.6 Ordnungsbehördliche Verordnung zur Bestimmung von Kriegsstätten im Landkreis Dahme-Spreewald 2014/090
- 3.7 Petition zur Einrichtung eines Ausländerbeirates 2014/091
- 3.8 Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2014 2014/081

- 3.9 Einbeziehung der Abgeordneten in den Umbau und die Gestaltung des Sitzungssaales des Kreistages 2014/093
- 4. Information zur Einrichtung des Live Streams für die Sitzungen des Kreistages und Kreisausschusses**
- 5. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge**
- 6. Ggf. Genehmigung von Dienstreisen**
- 6.1 Grundsatzentscheidung über Dienstreisen von Mitgliedern des Kreistages und des Landrates, hier: 2014/068
1. Dienstreisen von Mitgliedern des Kreistages zu Veranstaltungen der Energieregion Lausitz außerhalb des Landkreises Dahme-Spreewald
 2. Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Kreistages nach Polen in den Landkreis Wolsztyn
 3. Auslandsdienstreisen des Landrates nach Polen in den Landkreis Wolsztyn
- 7. Informationen aus den Gesellschaften**
- 7.1 Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald 2014/092
- 8. Informationen**
- 9. Verschiedenes**
- II. Nichtöffentlicher Teil:**
- 10. Zur Geschäftsordnung**
- 10.1 zur Tagesordnung
- 10.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung
- 11. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge**
- 12. Verschiedenes**

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, **Landrat Loge**, eröffnet die 36. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 1. Zur Geschäftsordnung

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Landrat Loge stellt fest, dass die Einladung form- und fristgemäß erfolgte. Von elf stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind zurzeit acht anwesend. Damit ist der Kreisausschuss beschlussfähig.

TOP 1.2 zur Tagesordnung

Landrat Loge teilt mit, dass die Informationsvorlage 2014/078 *Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald* im Gesundheits- und Sozialausschuss nicht behandelt werden konnte. Die Vorlage werde erst in die Tagesordnung des nächsten Kreisausschusses und Kreistages aufgenommen, wenn sie im Gesundheits- und Sozialausschuss behandelt wurde.

Der Punkt 8 *Informationen* der heutigen Tagesordnung entfällt daher.

Weitere Anregungen, Ergänzungen oder Hinweise zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Abhandlung erfolgt in der nunmehr vorliegenden Fassung.

TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

Gegen die Niederschrift vom 02.07.2014 liegen keine schriftlichen oder mündlichen Einwendungen vor. Sie gilt damit als anerkannt.

TOP 2. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreisausschuss

TOP 2.1 Neuberufung des Naturschutzbeirates gemäß § 35 Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz (BbgNatSchAG) i. V. m. § 2 Naturschutzbeiräteverordnung (NSchBV), Vorl.Nr. 2014/086

Es besteht kein Redebedarf.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA 2014/086**

Der Kreisausschuss stimmt der Berufung folgender Personen in den Naturschutzbeirat zu:

	<i>Ordentliche Mitglieder</i>	<i>Stellvertreter</i>
1.	Herr Torsten Voitke (Gewässerökologie, Landschaftspflege)	Herr Lutz Balke (Ökologie, Forstwirtschaft)
2.	Frau Anette Busch (Ökologie, Forstwirtschaft)	Frau Britta Herter (Biologie)
3.	Herr Arnulf Weingardt (Ornithologie)	Herr Bernd Ludwig (Ornithologie)
4.	Herr Wolfgang Petrick (Botanik, Landwirtschaft)	Herr Jürgen Borries (Biologie)
5.	Herr Fred Niepraschk (Entomologie – Falter)	Herr Axel Becker (Ökologie, Forstwirtschaft)
6.	Frau Susanne Leber (Herpetologie)	Herr Jürgen Sauer (Landschaftspflege)

7. **Herr Volker Hastädt**
(Ornithologie)

Herr Stephan Runge
(Botanik, Landwirtschaft)

TOP 3. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

TOP 3.1 Bestellung von Vertretern des Landkreises in die Wasser- und Bodenverbände, Vorl.Nr. 2014/085

Es besteht kein Redebedarf.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

TOP 3.2 Neubestellung von Mitgliedern des Kreissenorenbeirates zur Mitwirkung im Kreisausschuss sowie im Gesundheits- und Sozialausschuss, Vorl.Nr. 2014/089

Herr Selbitz hat sich im Vorfeld der heutigen Sitzung die *Seniorenpolitischen Leitlinien des Landkreises Dahme-Spreewald* im Internet angeschaut und dabei festgestellt, dass dort noch die Version aus dem Jahre 2004 veröffentlicht ist. Die Verwaltung werde gebeten, die aktuelle Version einzustellen.

Landrat Loge sagt eine unverzügliche Erledigung zu.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

TOP 3.3 Bestellung von Vertretern des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen, Vereinen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen

1. **Polizeibeirat der Polizeidirektion Süd**
2. **Benennung von Mitgliedern für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Luckau-Duben**
3. **Neubenennung eines sachkundigen Einwohners in den Regionalbeirat der Mittelbrandenburgischen Sparkasse**

Vorl.Nr. 2014/063-1

Landrat Loge informiert, dass die Mittelbrandenburgische Sparkasse darauf hingewiesen hat, dass Herr Michael Wolter als Abgeordneter des Kreistages nicht als sachkundiger Einwohner in den Regionalbeirat der Sparkasse benannt werden darf. Daher sei heute ein neuer sachkundiger Einwohner zu benennen. Das Vorschlagsrecht obliege der Fraktion CDU/Bauern.

Die Fraktionen benennen folgende Mitglieder bzw. Stellvertreter. Die noch fehlenden Mitglieder und Stellvertreter werden im Kreistag benannt.

Polizeibeirat

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter
SPD/Grüne	Hartmut Linke	Dr. Manfred Sternagel
CDU/Bauern
DIE LINKE.	Falko Brandt	Karin Weber

Beirat der Justizvollzugsanstalt

Fraktion	Mitglied
SPD/Grüne	Wolfgang Luchmann

CDU/Bauern	Margret Keller
DIE LINKE.	Karin Weber

Sachkundiger Bürger für den Regionalbeirat MBS

Fraktion	sachkundiger Bürger
CDU/Bauern	Sebastian Erxleben

Landrat Loge regt in diesem Zusammenhang an, sich im Fachausschuss einmal über die Arbeit des Beirates der Justizvollzugsanstalt in den vergangenen Jahren berichten zu lassen.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

- TOP 3.4** **Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen/Gremien**
- Berufung eines neuen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus
 - Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit
- (Antrag der Fraktion CDU/Bauern), Vorl.Nr. 2014/071
-

Landrat Loge bittet, den Vornamen von Herrn Sell eigenständig von Markus auf Marco zu ändern.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

- TOP 3.5** **Änderung bei der Besetzung von Ausschüssen/Gremien**
Benennung von zwei weiteren stellvertretenden Mitgliedern in den Kreisausschuss
(Antrag der AfD-Fraktion), Vorl.Nr. 2014/072
-

Herr Strasen begründet, dass er berufstätig ist und Sitzungen des Kreisausschusses hin und wieder nicht wahrnehmen kann. Um eine Teilnahme von Vertretern der AfD an möglichst allen Sitzungen abzusichern, sollen zwei weitere stellvertretende Mitglieder benannt werden.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 3.6 Ordnungsbehördliche Verordnung zur Bestimmung von Kriegsstätten im Landkreis Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2014/090

Landrat Loge informiert, dass der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

Herr Selbitz möchte zum Satz *„Der vorliegende Entwurf der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Bestimmung von Kriegsstätten im Landkreis Dahme-Spreewald entspricht im Wesentlichen der alten Verordnung von 1994.“* im vierten Absatz der Erläuterungen wissen, worauf sich „im Wesentlichen“ bezieht.

Frau Enders erwidert, dass sich diese Formulierung auf die Präambel bezieht, weil sich die Gesetzlichkeiten geändert haben.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

TOP 3.7 Petition zur Einrichtung eines Ausländerbeirates, Vorl.Nr. 2014/091

Landrat Loge weist darauf hin, dass hierzu ein Antrag der Fraktion SPD/Grüne, der heute im Büro Kreistag eingegangen ist, auf den Tisch gelegt wurde. Demnach soll der Beschlusstext wie folgt geändert werden:

- 1. Der Petition vom 13.07.2014 wird insofern entsprochen, als der Vorschlag Einrichtung eines Ausländerbeirates zur Befassung an die Ausländerbeauftragte zur weiteren Prüfung und Stellungnahme übergeben wird. Dabei sind das Netzwerk zur Integration von MigrantInnen im LDS, Leiter von Integrationskursen, das Forum Abschiebebeobachtung am BER, das Netzwerk Migration und Schule, Vertreter von Ämtern und Gemeinden sowie die IHK anzuhören und die Erfahrungen und Modelle anderer Kreise einzubeziehen. Die Ergebnisse sind dem Kreistag in angemessener Frist vorzulegen.*
- 2. Der Vorsitzende des Kreistages wird beauftragt, den Petenten in geeigneter Form von der Entscheidung des Kreistages zu unterrichten.*

Das Ansinnen des Antrages trage er mit. Allerdings erschwere sich die Kontaktaufnahme zum Petenten erheblich, weil die angegebene Adresse im Landkreis Dahme-Spreewald nicht existiert.

Herr Selbitz bittet, der Gleichstellungsbeauftragten Frau Voigt das Wort zu einer Stellungnahme zu erteilen.

Es stelle sich auch die Frage, wie der Petent von der Entscheidung des Kreistages unterrichtet werden soll, wenn es keine entsprechende Adresse gibt. Insofern brauche über den zweiten Beschlusspunkt gar nicht abgestimmt zu werden.

Herr Ludwig erklärt, dass auch die Fraktion DIE LINKE. keinen Kontakt zum Petenten hat. Das Anliegen sollte aber sehr wohl aufgenommen werden.

Der vorliegende Änderungsantrag ist insofern sehr günstig, weil er über folgendes formales Problem hinweghilft:

Das Petitionsrecht steht allen natürlichen Personen zu. Dazu müsse es sie aber geben. Wenn eine Petition eingereicht wird, bei der nicht klar ist, ob es diese Person auch gibt, dann könne darüber auch nicht abgestimmt werden. Die Petition sei nicht existent.

Nach dem Vorschlag der Fraktion SPD/Grüne könne das Anliegen an die Gleichstellungsbeauftragte weitergereicht werden, ohne hier in der Sache formal abstimmen zu müssen.

Alles in allem sei es ein formales Problem und seiner persönlichen Meinung nach sollten gar nicht erst Präzedenzfälle geschaffen werden.

Um in der Sache jedoch weiterzukommen, könnte die Gleichstellungsbeauftragte im kommenden Kreistag einen Bericht geben.

Landrat Loge merkt an, dass sich dieser Bericht vielleicht erübrigt, wenn Frau Voigt heute angehört wird.

Herr Wille erklärt, dass sich die Fraktion SPD/Grüne nach intensiver Diskussion auf diese Formulierung verständigt hat, um etwas Zeit zu gewinnen, weitere Informationen einzuholen. Wenn diese vorliegen, könnte endgültig entschieden werden. Der Begriff „Ausländerbeirat“ sei auch sehr weit zu fassen; ggf. müsste der Beirat anders benannt werden. Ausländer seien z. B. auch Österreicher.

Die Tischvorlage habe er auch erst kurz vor der heutigen Sitzung gesehen. Er hätte natürlich ebenfalls den Punkt 2 bemängelt, weil nicht erkennbar sei, wo die Antwort hingeschickt werden soll. Insofern sollte nach „unterrichten“ ein Komma gesetzt und wie folgt weitergeschrieben werden: *„sofern der Adressat zu ermitteln ist.“*

Außerdem könne er persönlich nicht nachvollziehen, warum der Absender der Petition fehlt. Schließlich solle sich der Kreistag mit den Problemen dieses Bürgers, sofern er überhaupt Einwohner des Landkreises ist, beschäftigen. Vermutlich gebe es aber Datenschutzgründe. Das sollte die Verwaltung noch einmal prüfen.

Frau Brieger bestätigt, dass die Adresse des Petenten aus Datenschutzgründen übermalt wurde.

Es gebe eine Adresse; allerdings sei nicht bekannt, ob es sich um eine männliche oder weibliche Person handelt. Das herauszufinden, sei schwierig.

Landrat Loge schließt sich dem Ergänzungsvorschlag von Herrn Wille an. Hinsichtlich der Person des Petenten werde die Verwaltung weiter recherchieren. Vielleicht liegen bis zum Kreistag nähere Angaben vor.

Herr Dr. Kuttner erklärt, dass der erste Teil des Vorschlages der Fraktion SPD/Grüne als Gedankenanstoß verstanden werden sollte. Die Gleichstellungsbeauftragte werde in angemessener Zeit ein Ergebnis ihrer Recherchen vorlegen und dann könnte die Petition weiter abgearbeitet werden.

Es bleibe auch gar nichts anderes übrig, als den Zusatz von Herrn Wille zu akzeptieren, wenn der Petent nicht erreichbar ist. Eigentlich müsste die Petition ad acta gelegt werden, wenn ein Bürger seine Identität gegenüber einer Behörde, von der er etwas möchte, nicht klar und deutlich darlegt.

Herr Selbitz stellt nach den bisherigen Redebeiträgen den Antrag, die Vorlage in den Gesundheits- und Sozialausschuss zurückzuverweisen und keine Behandlung im Kreistag. Wie von Herr Ludwig bereits ausgeführt, sei eine Petition nicht erkennbar. Die Recherchen von Frau Voigt könnten im Ausschuss vorgestellt werden.

Frau Voigt erklärt, dass genau geschaut werden müsse, ob eine Kontaktaufnahme überhaupt möglich ist. Die geforderten Informationen werde sie natürlich einholen, was allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Der Bericht könnte dann dem Fachausschuss oder direkt dem Kreistag vorgelegt werden.

Es stelle sich auch die Frage, ob es Sinn mache, z. B. das Forum Abschiebebeobachtung zu befragen. Dieses übergreifende Forum der Länder Berlin und Brandenburg befasst sich ausschließlich damit, ob die Abschiebungen in Tegel und Schönefeld vernünftig vonstatten gehen.

Werde letztendlich ein Ausländerbeirat gegründet, wäre auch eine Menge zu regeln, u. a., wer in den Beirat gewählt werden darf. Auch Österreicher und Schweizer, die hier leben, haben einen Migrationshintergrund.

Außerdem sollte die Formulierung „*Leiter von Integrationskursen*“ in „**Träger** von Integrationskursen“ abgeändert werden. Sonst wären nur einzelne Personen angesprochen.

Landrat Loge fasst zusammen, dass Frau Voigt die geforderten Informationen einholen wird. Die Vorlage müsste dann mit der Änderung der Fraktion SPD/Grüne und der von Frau Voigt vorgetragene redaktionellen Ergänzung im Kreistag beraten werden. Der weiterreichende Vorschlag sei allerdings der Vorschlag von Herrn Selbitz, die Vorlage in den Gesundheits- und Sozialausschuss zu verweisen – ebenfalls unter Beachtung der Änderungen.

Herr Selbitz betont noch einmal, dass keine Weiterleitung an den Kreistag erfolgen soll.

Abstimmung über die Weiterleitung in den Gesundheits- und Sozialausschuss mit den Änderungen: - einstimmig bestätigt -

TOP 3.8 Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2014, Vorl.Nr. 2014/081

Landrat Loge informiert, dass über die Vorlage bereits im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit beraten wurde. Es wurde gebeten, die finanziellen Auswirkungen, die aus der Änderung des Stellenplanes resultieren, darzustellen. Dazu wurde ein Schreiben mit Ergänzungen zur Vorlage auf den Tisch gelegt.

Der Ausschuss hatte am 28.08.2014 bei einer Enthaltung eine Zustimmungsempfehlung gegeben.

Herr Wille erinnert, dass bereits in der letzten Wahlperiode, als die Rekommunalisierung anstand, der Beschluss gefasst wurde, die Mitarbeiter des Internates für Blinde und Sehgeschädigte wieder in den Personalbestand der Kreisverwaltung zurückzunehmen. Das werde jetzt realisiert. Die Bezahlung der Mitarbeiter erfolgt nach dem TVöD.

Herr Ludwig erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE dem Nachtragsstellenplan zustimmt. Er möchte jedoch wissen, ob die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit ihren alten Ansprüchen übernommen werden oder als Neueinsteiger eingestuft werden. Das sei aus der Vorlage nicht erkennbar.

Frau Degenhardt erwidert, dass seinerzeit, als die Beschäftigten an den freien Träger „abgegeben“ wurden, Vorsorge getroffen wurde. Sollten sie irgendwann wieder zum Landkreis Dahme-Spreewald zurückkommen, gelten die Zeiten beim freien Träger so, als wären sie beim Landkreis abgeleistet worden. Die Mitarbeiter sind in die Erfahrungsstufe 6 eingestuft; diejenigen, die später eingestellt wurden, in die Erfahrungsstufe 4.

Herr Dr. Kuttner merkt an, dass in der vergangenen Wahlperiode noch andere Beschlüsse gefasst wurden, an die sich der Kreistag weiterhin hält. Es sei die logische Schlussfolgerung dessen, dass es gelungen sei, die Schule für Blinde und Sehbehinderte in Königs Wusterhausen zu erhalten.

Die Fraktion CDU/Bauern stimmt dem Nachtragsstellenplan für 2014 zu. Alles Weitere zum Stellenplan und dem Aufwuchs, der vielleicht noch über diese Internatsstellen hinaus notwendig werde, könnte mit dem neuen Haushalt diskutiert werden.

Überdies sei es die erste Vorlage, in der den Kreistagsmitgliedern offiziell mitgeteilt wird, dass es für die Haushaltshaltsjahre 2015 und 2016 einen Doppelhaushalt geben wird. Das stoße auf das Missfallen der Fraktion. Nicht der Doppelhaushalt als solcher, sondern die fehlende Information vorab, z. B. durch eine Informationsvorlage.

Landrat Loge erwidert, dass unter dem Tagesordnungspunkt 9 „Verschiedenes“ über einen Doppelhaushalt 2015/2016 informiert werden soll.

In diesem Zusammenhang werde auch mitgeteilt, dass es Überlegungen gebe, im Amt für Schulverwaltung und Kultur ein neues Sachgebiet einzurichten, dem die Unterkünfte organisatorisch zugeordnet werden könnten.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

TOP 3.9 Einbeziehung der Abgeordneten in den Umbau und die Gestaltung des Sitzungssaales des Kreistages (Antrag der Fraktion CDU/Bauern), Vorl.Nr. 2014/093

Herr Dr. Kuttner erklärt, dass seinem Wissen nach bisher nur einmal im Ausschuss für Bauen und Umwelt über den Umbau des Kreistagssaales informiert wurde. Die Gedanken und Vorstellungen der Abgeordneten – insbesondere zur künstlerischen Gestaltung – sollten aber einfließen. Eine kleine Arbeitsgruppe aus den Fraktionsvorsitzenden oder von ihnen beauftragten Vertretern könnte sich damit befassen.

Der Antrag der Fraktion CDU/Bauern ist fraktionsoffen; andere Fraktionen können sich gern anschließen.

Landrat Loge erwidert, dass noch vor Bekanntwerden des Antrages der Fraktion CDU/Bauern ein Auftrag an einen Innenarchitekten erteilt wurde, Vorschläge zur gesamten Innenraumgestaltung unter dem Aspekt des Brandschutzes, des Schallschutzes, der Raumakustik, der Heizung, der Lüftung, der Klimatisierung, der Elektroversorgung, der datentechnischen Anbindung und der variablen Möblierung zu unterbreiten und sich mit den jeweiligen Gewerken abzustimmen. Die Ergebnisse sollen dem zuständigen Fachausschuss und dem Kreistag vorgelegt werden.

Herr Wille führt aus, dass in der Fraktion SPD/Grüne ebenfalls der Wunsch geäußert wurde, mit einem Innenarchitekten darüber zu diskutieren. Weiterhin plädiere die Fraktion dafür, zwei Vertreter je Fraktion in die Arbeitsgruppe zu entsenden und es nicht unbedingt am Fraktionsvorsitzenden festzumachen.

Herr Ludwig hält es für richtig, dass Mitglieder des Kreistages in die Ausgestaltung des Kreistagssaales einbezogen werden. Der Fraktion liegen jedoch Informationen vor, dass in der vergangenen Wahlperiode im Ausschuss für Bauen und Umwelt bereits eine Diskussion stattfand und vereinbart wurde, dass dieser Ausschuss die Arbeiten begleitet. Wenn dem so ist, werde kein Grund gesehen, ein weiteres Gremium zu beauftragen. Es sei denn, es gebe eine neue Situation.

Herr Dr. Kuttner stimmt dem Vorschlag der Fraktion SPD/Grüne zu und begrüßt, dass bereits ein Innenarchitekt gebunden wurde. Die im Antrag aufgeführten Punkte seien auch nicht allumfassend, sondern nur als Denkanstöße zu betrachten.

Herr Selbitz erklärt, dass sich die Fraktion UBL/Wir für KW dem Antrag anschließt. Die Fraktion rege auch an, den Kreisarchivar in die Arbeitsgruppe einzubeziehen. Er könnte sich zur Historie des Hauses einbringen.

Herr Strasen erklärt, dass auch die AfD-Fraktion dem Antrag zustimmen wird.

Landrat Loge empfiehlt zur Änderung der Fraktion SPD/Grüne folgende Formulierung: „...aus **bis zu** zwei Mitgliedern je Fraktion ...“

Herr Dr. Kuttner ist namens der einreichenden Fraktion damit einverstanden. Der Vorsitzende des Ausschusses für Bauen und Umwelt könnte ebenfalls aus dem Beschlusstext gestrichen werden, denn er werde als ein Vertreter der Fraktion CDU/Bauern benannt.

Landrat Loge fasst zusammen, dass der Beschlusstext nunmehr lautet: „*Unter Leitung des Vorsitzenden des Kreistages wird eine Arbeitsgruppe aus bis zu zwei Mitgliedern je Fraktion gebildet.*“

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage mit der Änderung zuzustimmen: - bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt -

TOP 4. Information zur Einrichtung des Live-Streams für die Sitzungen des Kreistages und Kreisausschusses

Landrat Loge führt aus, dass es folgende Varianten für einen Live-Stream gibt:

Erste Variante: Die Sitzung wird von zwei Kamera-Leuten aufgenommen und nach entsprechender Nachbereitung werden die Aufnahmen in das Internet eingestellt.

Zweite Variante: Fest installierte Kameras an den Wänden, die während der Sitzung von einem Regietisch aus bedient werden.

Die Landesdatenschutzbeauftragte forderte auf eine entsprechende Anfrage hin eine zeitversetzte Übertragung, damit ggf. die Preisgabe personenbezogener Daten noch rechtzeitig verhindert werden kann. Der Zuschauerbereich und die Beschäftigten der Verwaltung müssen ständig ausgeblendet bleiben.

Hinsichtlich der Sitzordnung lassen die Abmaße des Raumes nicht viel Spielraum zu. Er persönlich finde die jetzige Variante ideal. Bei einer Anordnung von Bänken werde es sich nicht vermeiden lassen, dass es auch „Hinterbänkler“ gibt.

Frau Degenhardt ergänzt, dass in der nächsten Kreistagssitzung Probeaufnahmen erfolgen, um festzustellen, wie die Beleuchtung und der Kamerawinkel sein müssen. Es seien keine öffentlichen Aufnahmen.

Herr Dr. Kuttner hat persönlich nichts gegen Probeaufnahmen, sofern sie internen Planungszwecken dienen. Alles andere wäre im Zusammenhang mit dem Haushalt zu entscheiden und sollte sehr genau überlegt werden.

TOP 5. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

TOP 6. Genehmigung von Dienstreisen

- TOP 6.1 Grundsatzentscheidung über Dienstreisen von Mitgliedern des Kreistages und des Landrates:**
- 1. Dienstreisen von Mitgliedern des Kreistages zu Veranstaltungen der Energieregion Lausitz außerhalb des Landkreises Dahme-Spreewald**
 - 2. Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Kreistages nach Polen in den Landkreis Wolsztyn**
 - 3. Auslandsdienstreisen des Landrates nach Polen in den Landkreis Wolsztyn, Vorl.Nr. 2014/068**
-

Herr Selbitz empfiehlt, in den drei Beschlusspunkten die Worte „... bis zum Ablauf der ...“ durch die Worte „... für die ...“ zu ersetzen.

Landrat Loge stimmt der Änderung zu.

Herr Ludwig möchte wissen, wie es sich mit den Dienstreisen für vom Kreistag bestellte Mitglieder der Mitgliederversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald, die nicht Mitglieder des Kreistages sind, verhält.

Landrat Loge sagt eine entsprechende Prüfung zu.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA 2014/068**

Der Kreisausschuss beschließt:

- 1. Der Kreisausschuss genehmigt für die Wahlperiode alle Dienstreisen von Mitgliedern des Kreistages zu Veranstaltungen der Energieregion Lausitz in den anderen an der Energieregion beteiligten Landkreisen bzw. der Stadt Cottbus.**
- 2. Der Kreisausschuss genehmigt für die Wahlperiode alle Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Kreistages nach Polen in den Landkreis Wolsztyn. Die Mitglieder des Kreistages haben im Voraus die Auslandsdienstreise über das Büro des Kreistages bei dem Kreistagsvorsitzenden anzuzeigen.**
- 3. Der Kreisausschuss genehmigt für die Wahlperiode alle Auslandsdienstreisen des Landrates nach Polen in den Landkreis Wolsztyn.**

TOP 6.2 Dienstreise am 01.09.2014 zur Friedenssinfonie nach Wschowa (Polen)

Landrat Loge informiert, dass Herr Selbitz am 19.08.2014 die Genehmigung einer Dienstreise am 01.09.2014 zur Friedenssinfonie nach Wschowa (Polen) beantragt hat.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise am 01.09.2014 nach Wschowa**

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Selbitz am 01.09.2014 nach Wschowa (Polen) zur Friedenssinfonie.

TOP 6.3 Dienstreisen am 07.09.2014 zum LDS-Tag nach Doberlug-Kirchhain

Landrat Loge teilt mit, dass am 25.08.2014 für alle Abgeordneten die Genehmigung einer Dienstreise am 07.09.2014 zum LDS-Tag auf Schloss Doberlug beantragt wurde.

Abstimmung: - einstimmig bestätigt -

Beschl.Nr. KA Dienstreise am 07.09.2014 nach Doberlug-Kirchhain

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreisen für alle Abgeordneten am 07.09.2014 nach Doberlug-Kirchhain zum LDS-Tag auf Schloss Doberlug.

Landrat Loge merkt an, dass der Landkreis in einer großen Bandbreite vertreten war. Neben Angeboten aus dem Spreewald gab es Kunst aus Bestensee, Wein aus Bestensee und Tanz aus Königs Wusterhausen.

Frau Schaaf, Frau Jobke und allen anderen Beteiligten des Hauses gelte ein Dank für die gute Organisation.

TOP 6.4 Dienstreisen am 20.09.2014 nach Guben

Landrat Loge informiert, dass Herr Selbitz am 09.09.2014 die Genehmigung einer Dienstreise am 20.09.2014 zur deutsch-polnischen Dampflokfahrt beantragt hat.

Abstimmung: - einstimmig bestätigt -

Beschl.Nr. KA Dienstreise am 20.09.2014 nach Guben

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Selbitz am 20.09.2014 nach Guben zur deutsch-polnischen Dampflokfahrt zum Spreewaldfest.

TOP 7. Informationen aus den Gesellschaften

TOP 7.1 Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2014/092

Landrat Loge erinnert, dass Herr Selbitz im letzten Kreisausschuss gebeten hatte, die Informationen bereits mit der Einladung zu übergeben. Dieser Bitte werde jetzt nachgekommen.

Herr Dr. Kuttner möchte wissen, wann damit zu rechnen ist, dass der Verkehrsverbund die Abrechnung 2012 und eventuell auch 2013 vorlegt, um zu wissen, ob die Rückstellungen ausreichen.

Herr Starke erwidert, dass keine Informationen vorliegen.

Landrat Loge teilt in diesem Zusammenhang mit, dass dem Aufsichtsrat vorgeschlagen wurde, zu künftigen Fahrpreiserhöhungen keine Beschlüsse mehr zu fassen, sondern diese von der Lebenshaltungskostenrate abhängig zu machen.

Herr Selbitz weist darauf hin, dass der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus ausgeführt hatte, dass die Gesellschaft keinen Überschuss erwirtschaften darf. Deshalb sei es erstaunlich, dass 2013 doch ein Überschuss entstanden ist. Es sei zu fragen, was damit passiert.

Das Gleiche gelte auch für die Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH, wo ebenfalls ein Jahresüberschuss von 16.000 Euro erzielt wurde.

Beim Klinikum Dahme-Spreewald ist es sehr überraschend, dass bei einer Planung von 2,8 Mio. Euro plötzlich ein Jahresüberschuss von 5,1 Mio. Euro ausgewiesen wird. Das sei fast eine Verdoppelung.

Zu den Gründen dieses außergewöhnlichen Überschusses werde um die Positionierung des Aufsichtsrates gebeten. Gleichzeitig sei zu fragen, ob es einen neuen Erkenntnisstand zu den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beim Klinikum gibt.

Weiterhin werde bei der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH ausgeführt, dass das Projekt der Zustandserfassung der Radfernwege in der Energieregion Lausitz abgeschlossen ist und die Auswertung ergeben hat, dass mit einem Investitionsaufwand von knapp 10 Mio. Euro für die Modernisierung zu rechnen ist.

Gemäß Antwort auf seine letzte Anfrage sei im Kreishaushalt bis 2018 keinerlei diesbezüglicher Investitionsbedarf vorgesehen. Die Anfrage wurde allerdings vor der entsprechenden Auswertung durch die Energieregion gestellt. Es sei zu fragen, ob es für den neuen Haushalt des Landkreises Schlussfolgerungen dazu gibt.

Beim Verkehrsverbund Berlin Brandenburg GmbH wird festgestellt, dass sich die Bilanzsumme um 1,38 Mio. Euro auf 3,8 Mio. Euro reduziert. Das bedeute, dass die Summe im Vorfeld 5,2 Mio. Euro betragen haben muss. Das sei eine Reduzierung um 25 %, was außergewöhnlich sei. Es sei zu fragen, ob viele Abschreibungen vorgenommen wurden.

Beim Kommunalen Abfallentsorgungsverband (KAEV) sei zu fragen, ob der ausgewiesene Jahresfehlbetrag von 73.000 Euro durch die Gesellschafter auszugleichen ist oder entsprechende Rücklagen vorhanden sind. Außerdem sei zu fragen, wie der augenblickliche Sachstand bei der Abfuhr der Gelben Tonnen im ländlichen Bereich ist.

Herr Starke hätte es begrüßt, wenn die Fragen der Verwaltung im Vorfeld der Sitzung mitgeteilt worden wären. Deshalb könne er jetzt nicht so im Detail antworten.

Zum Gewinn von Wirtschaftsförderungsgesellschaft und Technologie- und Gründerzentrum hatte der Geschäftsführer im Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus eine Frage so verstanden, ob die Wirtschaftsförderungsgesellschaft irgendwann einmal so viel Gewinn erwirtschaften kann, dass sie das, was der Landkreis im Laufe der Jahre eingezahlt hat, zurückzahlen kann.

Kommunale Unternehmen dürfen aber nicht gewinnorientiert arbeiten, weil es dann Probleme mit den EU-Beihilfevorschriften gibt. Sie dürfen nur das im Rahmen der Daseinsvorsorge abdecken, was privatwirtschaftlich nicht erbracht werden kann. Vor allen Dingen, solange sie staatliche Beihilfen - in diesem Fall Zuschüsse vom Landkreis - bekommen. Durch die Zuschüsse würde eine Preisverfälschung entstehen.

Trotzdem kann jede Gesellschaft am Jahresende einmal einen Überschuss erwirtschaften, der auf das nächste Jahr vorgetragen wird. Im günstigen Fall reduziere sich dann der Zuschuss im Folgejahr.

Beim Klinikum - so im Aufsichtsrat auch mit dem Prüfer besprochen - waren die Hauptursachen die überraschend guten Abschlüsse bei den Verhandlungen mit den Krankenkassen, kombiniert mit einer positiven Patientenentwicklung in beiden Häusern.

In der Regel werde der Überschuss dafür verwendet, weitere Investitionen in den Häusern vorzunehmen. Er wird nicht auf irgendein Sana-Konto überwiesen, sondern verbleibt im Klinikum.

Zu den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gebe es keine neuen Erkenntnisse. Der Aufsichtsrat werde von der Staatsanwaltschaft auch nicht beteiligt. Bedauerlich sei, dass sich alles sehr lange hinzieht.

Zur Frage der Energieregion sei auszuführen, dass die Haushaltsanmeldung für 2015 rund 7 Mio. Euro für Hoch- und Tiefbauleistungen im Landkreis beinhaltet. Die von Herrn Selbitz angesprochene Summe beziehe sich auf das gesamte Gebiet der Energieregion Lausitz;

und hier insbesondere auf das Gebiet des Landkreises Spree-Neiße, wofür natürlich in den Haushalt des Landkreises Dahme-Spreewald keine Mittel eingestellt werden. Die Haupttrasse im Landkreis seien ja auch relativ neu.

Zur VBB-Bilanzsumme müsse mit dem zuständigen Mitarbeiter im Hause Rücksprache gehalten werden. Das Ergebnis werde nachgereicht.

Herr Braschwitz ergänzt zum KAEV, dass dort immer die Gewinn- und Verlustrechnung vorgetragen wird – also keine Umlagen auf die Verbandsmitglieder erfolgen. Zur Abfuhr der Gelben Tonnen im ländlichen Bereich liegen ihm keine weiteren Erkenntnisse vor.

Herr Dr. Kuttner hat das Gutachten zu den Fahrradwegen gelesen. Von den untersuchten 1.700 Kilometern Fahrradwege befinden lediglich 96 im Landkreis Dahme-Spreewald. Herr Selbitz könnte sich in seiner neuen Funktion als Aufsichtsratsmitglied der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH einmal detailliert erklären lassen, was wirklich LDS-geprüft ist und in welchem Zustand sich blau, grün, gelb oder rot gekennzeichneten Wege befinden müssen.

Vermutlich befinde sich keiner der 96 Kilometer im gelben oder roten Bereich, wo Instandsetzungsarbeiten notwendig wären. Das bedeute aber nicht, dass in den nächsten Jahren auf diesem Gebiet nicht gearbeitet werden muss.

Hinsichtlich der Abfuhr der Gelben Tonnen hatte die Fraktion CDU/Bauern darum gebeten, das Thema noch einmal auf die Tagesordnung des entsprechenden Fachausschusses zu setzen, um vielleicht mittelfristig zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Unterdessen liege ja auch ein Antwortschreiben der für die Abfuhr zuständigen Firma Reclay an den Kreistag vor.

Herr Strasen bezieht sich auf die Ausführungen *„Im Hinblick auf die laufend aktualisierte Fortführungsprognose scheint ein Fortbestehen jedoch überwiegend wahrscheinlich.“* zur Berlin-Brandenburg Area Development Company (BADCo) und erklärt, dass er nicht genau erkennen könne, was sich hinter dieser Formulierung verbirgt. Vermutlich beziehe sich dies auf die Liquidität. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung wachsam ist, dort nicht mehr als notwendig den Bach runtergehen zu lassen.

Das Jahresergebnis beim Klinikum liege seiner Meinung nach noch im Rahmen. Bei aller Planung könne es durchaus einmal Schwankungen auch in dieser Größenordnung geben. Viele Faktoren spielen dabei eine Rolle.

Es gebe aber auch eine Personalsituation. Er wisse nicht, ob das in den Gremien immer so klar durchgestellt wird. So wurde unter der ehemaligen Geschäftsführerin zugesagt, dass zehn Schwesternschülerinnen übernommen werden. Bis heute gebe es fünf Verträge – drei in Königs Wusterhausen und zwei in Lübben. Das decke längst nicht die Lücken, die im Pflegebereich seit längerer Zeit vorhanden sind.

Außerdem werde im Klinikum viel mit Leasing-Kräften gearbeitet. Daran sei erkennbar, dass es im Pflegebereich ernsthafte strukturelle Probleme gibt.

Wenn über strukturelle Probleme geredet wird, werde meist auch über finanzielle Verhältnisse geredet. Daran kann es bei diesem Jahresergebnis ja wohl nicht liegen.

Er wolle das schlimme Wort „Pflegenotstand“ zwar nicht nennen, aber in Königs Wusterhausen und in Lübben sei dieser existent. Und das sollte bei einer Einrichtung in öffentlicher Trägerschaft nicht dauerhaft geduldet werden.

Überdies bitte er um Einsicht in den Vertrag, der das Rechtsverhältnis des Landkreises mit der Sana regelt.

Herr Starke antwortet zur BADC, dass es schon in den vorherigen Sitzungen regelmäßig Berichterstattungen gab, dass die Liquidität der Gesellschaft in Gefahr ist. Bei 13 kommunalen Gesellschaftern (Landkreise Dahme-Spreewald, Landkreis Teltow-Fläming und Gemeinden aus beiden Landkreisen) sei die Bereitschaft nicht allzu groß, den Zuschuss zu erhöhen. Die Wünsche und Forderungen an die Gesellschaft seien aber immer groß. Die Problematik wurde im Rahmen der letzten Gesellschafterversammlungen besprochen und es gebe Zeichen, auf einem guten Weg zu sein, die Gesellschaft zu stabilisieren. Deshalb die zugegeben schwammige Formulierung.

Beim Klinikum hatte sich der Kreistag seinerzeit entschieden, das Klinikum von einem Eigenbetrieb heraus in eine GmbH zu überführen und die Geschäftsführung an die Sana abzugeben. Geschäftliche Entscheidungen liegen also im Einflussbereich der Sana und nicht im Einflussbereich von Gesellschafter oder Aufsichtsrat. Vergleichszahlen mit anderen Krankenhäusern weisen aber aus, dass die Personalquote des Klinikums Dahme-Spreewald immer noch über dem vergleichbarer Häuser liegt. Das Haus sei auch nach wie vor das einzige Haus in Brandenburg, das nach dem TvöD bezahlt. Alle anderen haben den Tarifvertrag schon längst gewechselt.

Richtig sei, dass mit Leasing-Kräften gearbeitet wird. Der Anteil dieser Kräfte sei gemessen an der Gesamtmitarbeiterzahl aber gering. Nach Informationen, die die Verwaltung regelmäßig aus der Gesellschaft erreichen, sei die Situation hier nicht als dramatisch zu bewerten. Es gebe andere Häuser – auch im Landkreis – die da ganz anders arbeiten.

Hinsichtlich der Übernahme der zehn Schwesternschülerinnen werde er sich informieren.

Der Vertrag mit der Sana ist – wie bei solchen Verträgen üblich – nicht öffentlich. Kreistagsabgeordnete haben aber das Recht zur Einsichtnahme. Seinem Wissen nach sei das auch über das Sitzungsdienstprogramm möglich.

Herr Ludwig begrüßt die schriftliche Ausreichung der Daten. Das sei ein Qualitätsgewinn für die Fraktionsarbeit in Vorbereitung der Beratungen und der schnellen Durchleitung von Informationen.

Zum Klinikum wurde eben gesagt, dass keine neuen Erkenntnisse von der Staatsanwaltschaft vorliegen. Das, was zumindest im Norden des Landkreises presseöffentlich war, waren behauptete Prüffeststellungen von Krankenkassen. Es sei zu fragen, was da an Informationen vorliegt.

Herr Starke erwidert, dass der Verwaltung der Presseartikel bekannt ist. Aber auch hier müsse ganz klar gesagt werden, dass das Klinikum an einem Verfahren zwischen einem Arzt und der Kassenärztlichen Vereinigung keinerlei Anteil hat. Das Klinikum bekommt keine Informationen.

An der Berichterstattung in der Presse sei zu kritisieren, dass einfach behauptet wurde, es ist so. Es seien aber Vorwürfe, die im gesamten Ermittlungsverfahren zu prüfen sind.

Landrat Loge erinnert, dass es vor geraumer Zeit allgemeiner Wunsch war, ein Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum zu gründen, weil vorhersehbar war, dass es im ländlichen Raum irgendwann einmal ärztliche Versorgungsschwierigkeiten geben wird. Dabei wurden möglicherweise Fehler gemacht. Aufklärung werde das laufende Verfahren der Kassenärztlichen Vereinigung bringen. Das sollte erst einmal abgewartet werden. Er sei der festen Überzeugung, dass hier nirgendwo eine persönliche Bereicherung beabsichtigt war.

Die Sana selbst habe auch eigene Nachforschungen angestellt, diese aber zurückgestellt, weil die Kassenärztliche Vereinigung und die Staatsanwaltschaft ermitteln.

Bei aller Aufgeschlossenheit gegenüber der Pressefreiheit finde er es persönlich sehr unangebracht, wenn dem Klinikum durch nicht bewiesene Behauptungen so ein Schaden zugefügt wird, dass das Image darunter leidet. Er könne nur sagen, dass Zufriedenheitsäußerungen von Belegschaft und Patienten über beide Häuser weitaus überwiegender sind als die negativen Äußerungen.

Sehr betroffen mache auch das persönliche Schicksal des betreffenden Arztes. Möglicherweise müsse er eine große Summe zurückzahlen. Das wäre vermeidbar gewesen, wenn die Angelegenheit verwaltungsrechtlich anständig und in Ruhe zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung und dem Klinikum hätte aufgeklärt und geregelt werden können und die Staatsanwaltschaft nicht ständig gebeten worden wäre, die Untersuchungen zu intensivieren.

In einer morgigen Zusammenkunft werde er mit dem Geschäftsführer des Klinikums reden, welche Möglichkeiten der Unterstützung bestehen, um den Arzt in irgendeiner Weise vor dem Absturz zu bewahren.

Die Aktivitäten zur Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums wurden vorerst eingestellt.

Herr Dr. Kuttner weist darauf hin, dass sich der Kreistag seinerzeit sehr schwer getan hatte, dem Vertrag mit der Sana über eine hundertprozentige Managementübernahme zuzustimmen, obwohl der Landkreis 51 % Gesellschaftsanteile behalten hat. 51 % bedeuten in jeder Aktiengesellschaft, dass dieser Gesellschafter das Sagen hat. Hier sei es aber anders.

Seit Wochen seien nur noch negative Diskussionen zu hören und alles Positive scheinbar vergessen. Das könne es einfach nicht sein. Soviel Negatives komme auch nicht von den Patienten. Dabei sei nicht zu bestreiten, dass es bei einem so großen Arbeitgeber individuelle, strukturelle oder grundlegende Probleme gibt. Um hier Veränderungen herbeizuführen, gebe es aber einen Personalrat und auch die Möglichkeit, den Landkreis anzusprechen, über den Aufsichtsrat mit den Verantwortlichen der Sana zu reden; nicht immer nur mit der Geschäftsführung des Klinikums.

Nicht vergessen werden sollte, dass die Sana ihre Versprechungen, die Schwesternschule zu rekonstruieren, für 10 Mio. Euro eine Apotheke zu bauen oder ein neues MRT-Gerät zu kaufen, eingehalten hat. Und wenn die Arbeiten an der Intensivstation in Lübben aus objektiven Gründen noch nicht begonnen werden konnten, dann sei das sicher vertretbar. Außerdem zahlt die Sana neben der Anfangszahlung in jedem Jahr weitere 200.000 Euro an den Kreishaushalt zurück.

Herr Wille hat erst kürzlich das Krankenhaus in Lübben als Patient aufsuchen müssen. Von der ärztlichen Behandlung und der Behandlung durch die Pflegekräfte können andere Häuser nur träumen. Hier fühlt sich der Patient wohl, wird fachlich gut behandelt und auch der Umgangston sei angenehm. Umso ärgerlicher sei es, dass vor allem in Lübben immer mal wieder Latrinenparolen durch die Stadt gehen. Möglicherweise gebe es irgendwelche persönlichen Auseinandersetzungen und der Streit werde über diesen Weg ausgetragen.

Mit etwas mehr Fairness und Gelassenheit sollte in der Sache vorgegangen und nicht immer auf jeden Zug aufgesprungen werden, nur weil irgendjemand persönlich verärgert ist, weil er vielleicht in eine ungeliebte Schicht eingeteilt wurde. Auch die Abgeordneten sollten sich mehr hinter die Häuser stellen. Er könne nur dazu auffordern, sich sachkundig zu machen, z. B. in einem Gespräch mit dem Patientenführer.

Landrat Loge merkt an, dass sich die Sache auch bei den Berliner Ärzten rumgesprochen hat. Das sei keine gute Basis, wenn eventuell Fachärzte aus Berlin für die Kliniken in Königs Wusterhausen oder Lübben gewonnen werden sollen.

Herr Ludwig erklärt, dass es sich beim Krankenhaus in Königs Wusterhausen um den größten Arbeitgeber in der Stadt handelt. Wenn dieser in der auflagenstärksten Zeitung mit dem Gegenstand des Betrugs in Verbindung gebracht werde, sei es ganz wichtig, dass solche deutlichen Worte hier im öffentlichen Sitzungsteil fallen.

Das Klinikum Dahme-Spreewald ist ein zum überwiegenden Teil im öffentlichen Eigentum stehendes Unternehmen. Da gelten bestimmte Grundsätze. Ab einem bestimmten Punkt, nämlich hier dem Betrugsvorwurf an ein öffentliches Unternehmen, werden Ermittlungen in Gang gesetzt. Da helfe es auch nicht, dass ein Managementvertrag mit der Sana abgeschlossen wurde oder die Betreuungsqualität gut ist. Überdies hatten damals nicht alle Mitglieder des vergangenen Kreistages dem Geschäft zugestimmt.

Herr Starke erwidert, dass sich der Landkreis mit der Hausleitung des Klinikums und dem Mitgesellschafter natürlich abgestimmt habe, wie auf die Presse reagiert wird. Einhellige Meinung war, dass es aus ganz speziellen Gründen der dort handelnden Personen nicht hilfreich sei, wenn jetzt eine Gegendarstellung eingeklagt werde. Vermutlich würde es auch gleich wieder zum Nachteil dargestellt, wenn auf die positiven Ergebnisse im Ranking der Krankenkassen oder die vermehrten Einweisungen aus Berlin hingewiesen wird. Insofern wurde entschieden, zunächst die Ermittlungen abzuwarten.

Die Gründung des Medizinischen Versorgungszentrums war ein politischer Beschluss. Im Moment bestehe die Schwierigkeit, ob in diesem Zusammenhang die Vorgänge zum Erwerb einer Praxis durch einen Arzt rechtmäßig waren. Das sei ja der eigentliche Vorwurf, der durch die Anzeige einer Privatperson losgetreten wurde. Es sei schade, dass die gute Absicht, die dahinter stand, erst einmal zum Erliegen kommt.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8. Informationen - entfällt -

TOP 9. Verschiedenes

Gemeinschaftsunterkunft Waßmannsdorf

Herr Ludwig möchte wissen, warum die vom Kreistag beschlossenen Umbauten/Sanierungen in der Gemeinschaftsunterkunft Waßmannsdorf nicht umgesetzt werden. Im Fachausschuss soll darüber informiert worden sein.

Landrat Loge antwortet, dass es nach wie vor Probleme mit dem Denkmalschutz gibt, zeitweilig Wohnmodule auf dem Gelände der Gemeinschaftsunterkunft aufzustellen. Hinzu komme die Ablehnung, aus dem 5-Mio.-Nachtragshaushalt des Landes Mittel für die Modernisierung und Erweiterung der Kindertagesstätte in Waßmannsdorf zu bekommen. Er habe persönlich mit Minister Baaske gesprochen, aber es blieb bei der Ablehnung. Weil die KITAS zum Bildungsministerium gehören, habe er jetzt einen Brief mit der Bitte um Unterstützung an die Bildungsministerin geschrieben.

Alles sei also noch offen. Der Landkreis müsse aber auf die ständig steigende Zuweisung von Flüchtlingen reagieren und kurzfristig die Unterbringung sichern. Deshalb wurde entschieden, dass zunächst alles so bleibt wie es ist und Flüchtlinge wieder in den unsanierten Gebäudeteil eingewiesen werden.

Es bleibe aber bei den Beschlüssen des Kreistages - die Planungen für die Sanierung laufen weiter und die Mittel bleiben im Haushalt eingestellt.

Einige Familien konnten inzwischen in Wohnungen in Walddrehna untergebracht werden. Die Flüchtlinge haben einen Mietvertrag mit dem Hausbesitzer und leben dort wie alle anderen Familien.

Neubau Verwaltungsgebäude

Herr Selbitz bittet um Informationen zum aktuellen Stand der Planungsleistungen und zum Grundstückserwerb. Es sei zu fragen, ob sich die Maßnahme noch im Finanzrahmen befindet oder dieser bereits gesprengt wurde.

Landrat Loge erwidert, dass sich nach seinem Kenntnisstand alles im avisierten finanziellen Rahmen befindet. Zurzeit laufen Verhandlungen mit dem Immobilienbesitzer des Arbeitsamtes in der Max-Werner-Straße Königs Wusterhausen.

Natürlich laufen gegenwärtig auch die Planungsarbeiten. Über den aktuellsten Stand könne er im Moment zwar nichts sagen, er habe aber darum gebeten, den Fachausschuss immer zeitnah zu informieren.

Herr Selbitz bittet, die aktuellsten Informationen im Kreistag nachzureichen.

Gesundheitsamt

Herr Selbitz weist darauf hin, dass es im Gesundheits- und Sozialausschuss eine Vorstellung des Gesundheitsamtes gab – mit dem mehrmaligen Nachsatz, dass das Durchschnittsalter der Ärzte im Gesundheitsamt bei 58 Jahren liegt. Die Ausbildung eines Arztes für das Gesundheitsamt dauert sieben Jahre und kann nur durch die Gesundheitsämter erfolgen.

Die Verwaltung werde gebeten, im Rahmen der nächsten Haushaltsdiskussionen mitzuteilen, inwiefern hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Herr Saß erklärt, dass die Ausbildung zum Arzt im öffentlichen Gesundheitswesen im Landkreis in drei Jahren erfolgt; es mag sein, dass die Gesamtausbildung länger dauert. Zurzeit gebe es verwaltungsinterne Gespräche, die erst mit der Vorlage des Haushaltsentwurfes abgeschlossen sein werden. Dem wolle er jetzt nicht weiter vorgreifen.

Schülerfahrausweise

Frau Rubenbauer informiert, dass sich im nächsten Kreistag möglicherweise erboste Eltern zu Wort melden werden und den Landrat bzw. das zuständige Fachamt fragen, wo die Schülerfahrausweise für ihre Kinder bleiben. Es gebe eine Vielzahl von Schülern, die noch nicht im Besitz der Ausweise sind, obwohl die Eigenanteile eingezahlt wurden. Sie müssen täglich für jede Fahrt beim Busfahrer bezahlen.

In diesem Zusammenhang sei zu fragen, wo die Eltern die bisher erworbenen Fahrkarten zur Rückerstattung einreichen können.

Herr Treder-Schmidt ergänzt, dass er heute mit Mitarbeitern der Regionalen Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH an einer Demonstration in Berlin teilgenommen hat. Unterwegs kam auch diese Frage auf. Dem Geschäftsführer sei das Problem bekannt, die Ursachen liegen aber nicht in seinem Hause. Er habe die Busfahrer angewiesen, umsonst zu befördern. Einige Fahrer haben das vielleicht nicht ausreichend umgesetzt.

Manche Eltern haben ihren Kindern auch freiwillig Geld mitgegeben und gesagt, zahle, solange die Fahrkarten noch nicht da sind. Dann haben einige Schüler bezahlt, während andere darauf bestanden, umsonst mitgenommen zu werden.

Das Problem müsste in der Kreisverwaltung einmal vertiefter behandelt werden.

Landrat Loge merkt an, dass viele Eltern erst im zweiten Teil der Ferien die Anträge einreichen. Dann werde die Zeit natürlich knapp.

Herr Saß bestätigt, dass einige Eltern erst in der letzten Ferienwoche den Antrag abgegeben haben. Das habe dann aber maximal zehn Tage gedauert, bis der Ausweis gedruckt war. In der letzten Ferienwoche gab es auch die Information der Regionalen Verkehrsgesellschaft, mit dem Drucken nicht hinterher zu kommen. Zudem bestanden EDV-Probleme an der Schnittstelle zwischen Kreisverwaltung und Verkehrsgesellschaft. Deshalb war für die erste Schulwoche geregelt, die Schüler, die noch keinen Fahrausweis haben, umsonst mitzunehmen (mit Ausnahme VBB – also die Schüler, die auf die S-Bahn angewiesen sind). Er persönlich habe seit Schulbeginn nichts von den Schwierigkeiten gehört, werde sich aber der Sache annehmen.

Amt zur Regelung offener Vermögensfragen

Landrat Loge informiert, dass mit dem Ende des Jahres 2014 die Aufgaben des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen auslaufen und die Finanzierung durch das Land erheblich eingeschränkt wird. Noch offene Verfahren gehen an das zuständige Landesamt.

Derzeit gebe es Überlegungen, die Mitarbeiter dem Rechtsamt anzugliedern, um das juristische Fachwissen nicht zu verlieren. In den nächsten ein, zwei Jahren gehen nämlich einige Juristen des Rechtsamtes in den Ruhestand. Möglicherweise werde es dann aber während einer gewissen Übergangszeit mehr Mitarbeiter im Rechtsamt geben. Eine offizielle Stellenplanerweiterung sei jedoch nicht vorgesehen.

Bereitstellung von Essen im Kreisausschuss

Landrat Loge erinnert, dass bereits in der letzten Sitzung des Kreisausschusses angesprochen wurde, ob die Verpflegung im Kreisausschuss wie bisher beibehalten werden soll. Derzeit werden die Brötchen und die Getränke durch das Büro Kreistag finanziert.

Weiterhin werde gebeten, in den Fraktionen zu besprechen, ob die Verpflegung durch die Kantine während der Sitzungen des Kreistages weiterhin gewünscht ist. Bei kürzeren Tagesordnungen komme es gelegentlich vor, dass keine Pause gebraucht wird und somit nur wenige Personen die Kantine aufsuchen.

Doppelhaushalt 2015/2016

Herr Starke erklärt, dass mit dem Doppelhaushalt einem schon seit längerem bestehenden Wunsch von Ausschüssen und Fraktionen entsprochen wird. Der Kreistag werde dadurch an keiner Stelle in seinen Rechten und Möglichkeiten eingeschränkt.

Als das Thema im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit im Rahmen der Diskussion zum Jahresabschluss angesprochen wurde, gab es eigentlich nur Zustimmung. Insofern sei die Verwaltung auch nicht auf den Gedanken gekommen, im Vorfeld z. B. eine Informationsvorlage zu übergeben. Am Ende beschließt der Kreistag ja ohnehin für die einzelnen Haushalte 2015 und 2016 getrennt, so dass von den Auswirkungen der Vorlage her keine Veränderung eintritt.

Herr Klein ergänzt, dass entsprechend der internen Terminplanung der Kämmerei die Beratung in den Fraktionen und Ausschüssen für den Zeitraum vom 10.10. bis 10.11.2014 vorgesehen ist.

Stellungnahmen der Fraktionen sollten möglichst bis zum 10.11.2014 bei der Kämmerei vorliegen, so dass die Hinweise und Anträge entsprechend geprüft und beantwortet werden können.

Die Mitarbeiter der Kämmerei stehen zur Verfügung, wenn es Redebedarf in den Fraktionen gibt.

Herr Selbitz fragt nach, ob im neuen Haushalt 2015/2016 wieder ein Kreisstrukturfonds vorgesehen ist. Die Finanzen scheinen ja relativ gut geordnet. Die Fraktion UBL/Wir für KW werde dies auf jeden Fall beantragen.

Landrat Loge erwidert, dass ein Strukturfonds nicht vorgesehen ist. Seiner persönlichen Meinung nach könne sich der Landkreis das trotz geordneter Finanzen auch nicht leisten.

Im Übrigen werde die Kreisumlage wieder 39,5 % betragen. Das gebe den Gemeinden Planungssicherheit für die nächsten zwei Jahre.

Abzweig Gehren an der B 96/L562

Herr Selbitz hat am Wochenende die Ausstellung „*Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft*“ im Schloss Doberlug besucht. Dank einer Vollbremsung am Abzweig Gehren auf der Straße von Luckau nach Sonnewalde sei er dort auch gut angekommen.

Seiner Meinung nach ist dieser Straßenbereich relativ unübersichtlich und nicht, wie am vorherigen Abzweig nach Goßmar, mit einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h versehen.

Obwohl der Landkreis nicht Straßenbaulastträger ist, werde die Verwaltung gebeten zu ermitteln, ob die Geschwindigkeit am Abzweig nach Gehren ebenfalls auf 70 km/h reduziert werden könnte.

Landrat Loge sagt entsprechende Recherchen zu.

Tag des Nahverkehrs

Herr Treder-Schmidt informiert, dass am heutigen Tag des Nahverkehrs in Berlin eine Bus-Demonstration mit 80 Bussen aus ganz Deutschland stattfand, die in der Durchführung aber leider nicht sehr eindrucksvoll war. Im Gegensatz zu den Bauern, die mit ihren Traktoren sicherlich die Ministerien oder die Innenstand blockiert hätten, haben sich die Busse brav durchschleusen lassen. Am Ende standen einige Busse vor dem Paul-Löbe-Haus und die anderen warteten an der Straße des 17. Juni und rückten dann in einem stundenlangen Prozess nach.

Vom Bundestag nahmen dann der Vizepräsident und Frau Lösch als Ausschussvorsitzende die Resolution entgegen. Und das war es dann auch schon.

Die Presse war auch sparsam vertreten. Das war in Potsdam, wo vorher ebenfalls eine Bus-Demonstration stattfand, auch schon so.

Alles in allem müsste eigentlich nachgearbeitet werden, denn der Aufwand stand in keinem Verhältnis zur öffentlichen Wahrnehmung. Die eigentlich angedachte machtvolle Demonstration mit 80 Bussen war verschenkt. Das sehe der Geschäftsführer der Regionalen Verkehrsgesellschaft auch so.

Die Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH war mit zwei Bussen vertreten.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Sitzung um 19:30 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 10 fortgesetzt.